KANTON AARGAU

Schulgesetz

Vom 17. März 1981 (Stand 1. August 2014)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 28–35 und 38bis der Kantonsverfassung,
in der Absicht, dem Kanton Aargau Schulen zu geben,
in denen die Jugend zur Ehrfurcht vor dem Göttlichen und zur Achtung vor Mitmensch und Umwelt,
zu selbstständigen und verantwortungsbewussten Bürgern,
zu gemeinschaftsfähigen, an Geist und Gemüt reifenden Menschen erzogen wird,
in denen die Jugend ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten vermag und wo sie mit der Welt des Wissens und der Arbeit vertraut gemacht wird, *

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

[1] Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über die Privatschulen und die private Schulung, soweit schulpflichtige Kinder unterrichtet werden. *
[2] … *

§ 1a * Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnungen

[1] Die in diesem Gesetz verwendeten Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

§ 2 Öffentliche Schulen

[1] Als öffentliche Schulen unterstehen diesem Gesetz:

a) * …
b) * Volksschule, bestehend aus Kindergarten, Primarschule und Oberstufe,
c) Mittelschulen,
d) * …

[2] Die öffentlichen Schulen sind unselbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten; sie sind politisch und konfessionell neutral.

§ 3 Recht auf Schulbesuch

[1] Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht, diejenigen öffentlichen Schulen zu besuchen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und deren Anforderungen sie erfüllen.

[2] Die Schüler beider Geschlechter haben Anspruch auf gleiche Bildungsmöglichkeiten.

[3] Für Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt im Kanton ist der Unterricht an den öffentlichen Volksschulen unentgeltlich. *

[4] Für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton ist der Unterricht an öffentlichen Mittelschulen unentgeltlich. Von Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons sowie von Studierenden an der aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene wird in der Regel ein Schulgeld erhoben. Der Regierungsrat definiert den Wohnsitz. *

§ 4 * Schulpflicht

[1] Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht. Sie beginnt mit dem Eintritt in den Kindergarten und dauert elf Jahre oder bis zum erfolgreichen früheren Abschluss einer Grundausbildung an der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahrs. *

[2] Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten auf den Beginn des kommenden Schuljahrs ist der 31. Juli desjenigen Jahrs, an dem das Kind sein viertes Altersjahr vollendet hat. *

[3] Aus wichtigen Gründen kann das Departement Bildung, Kultur und Sport ein Kind auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Sorge vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder vorzeitig daraus entlassen. *

[4] Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder einer privaten Schulung erfüllt werden. Der Regierungsrat regelt hinsichtlich des Unterrichts der schulpflichtigen Kinder die Meldepflicht der Inhaber der elterlichen Sorge gegenüber der zuständigen Schulpflege. *

§ 5 * Hinausschieben der Schulpflicht *

[1] Die Schulpflege kann auf Gesuch der Eltern den späteren Eintritt in den Kindergarten gestatten. *

§ 6 Unentgeltlicher Schulort Volksschule *

[1] Die Schulpflicht ist in der Regel in den öffentlichen Schulen der Wohngemeinde oder des Schulkreises, zu dem die Wohngemeinde gehört, zu erfüllen.

[2] Erfolgt der Unterrichtsbesuch ohne wichtige Gründe an der Volksschule einer anderen Gemeinde, entfällt die Unentgeltlichkeit gemäss § 3 Abs. 3. Das Schulgeld, das die Gemeinde erhebt, darf höchstens kostendeckend sein. *

[3] Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt in Heimen erfüllen ihre Schulpflicht in den Heimschulen oder den öffentlichen Schulen der Region.

§ 7 Unterrichtszeiten

[1] Das Schuljahr beginnt am zweiten Montag im August. Das erste Schulhalbjahr endet frühestens am dritten und spätestens am fünften Samstag nach Neujahr. Das zweite Schulhalbjahr endet mit den Sommerferien. Je zwei Wochen Frühlings-, Herbst- und Weihnachtsferien sowie drei Wochen Sommerferien werden für den Kanton einheitlich durch den Erziehungsrat festgelegt. [1)] *

[2] Den Rahmen für vier weitere Ferienwochen setzt der Schulrat des Bezirks nach Anhören der Schulpflegen fest.

[3] In der Volksschule dauert der Unterricht von Montag bis Freitag. An den kantonalen Schulen werden die Unterrichtstage vom Regierungsrat festgelegt. *

[4] Über die Einführung von Unterricht mit Blockzeiten und von Tagesschulen entscheiden die Schulträger. Der Besuch der Tagesschulen ist freiwillig. *

[5] Der Regierungsrat legt nach Anhören des Erziehungsrates den Rahmen für die Unterrichtszeiten fest. Dabei berücksichtigt er die Bedürfnisse der Kinder und der Familien. *

§ 8 Versicherung

[1] Die Schulträger versichern die Schüler gegen die Folgen von Unfällen im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb und übernehmen die Prämien. Sie sorgen für angemessene Unfallverhütung. Der Regierungsrat erlässt die Vorschriften.

[1)] Vorzeitige Inkraftsetzung auf den 1. Dezember 2003 mit RRB vom 15. Oktober 2003 (AGS 2003 S. 250).

2. Schulen

*2.1. … **

§ 9 * …

2.2. Volksschule

2.2.1. Gemeinsame Bestimmungen

§ 10 Aufgaben

[1] Die Volksschule vermittelt allen Schülerinnen und Schülern eine Grundausbildung. **

[2] Sie legt die Basis für ein von gegenseitiger Achtung geprägtes Zusammenleben. Sie fördert die geistigen, emotionalen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten und Begabungen jedes einzelnen Kinds, unabhängig von seinem sozialen, kulturellen und religiösen Hintergrund. **

§ 11 Gliederung

[1] Die Volksschule gliedert sich in den Kindergarten von zwei Jahren, die Primarschule von sechs Jahren und die Oberstufe von drei Jahren. **

§ 12 Unterricht

[1] Aufbau und Gestaltung des Unterrichts sowie die Zahl der vorgeschriebenen und der freiwilligen Wochenstunden nehmen Rücksicht auf den Entwicklungsstand des Schülers; die Anforderungen richten sich nach der Vorbildung und dem Aufnahmevermögen der Altersstufe.

[2] … **

§ 13 Lehrplan

[1] Der Lehrplan enthält die Bereiche Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften (inklusive Ethik und Religionen), Musik, Kunst und Gestaltung, Bewegung und Gesundheit. **

[2] Der Regierungsrat regelt für Primarschule und Oberstufe die einzelnen Unterrichtsbereiche, die Zahl der Unterrichtslektionen und ihre Dauer, die Lernziele und die Stoffauswahl sowie die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler bezüglich ihrer Selbst- und Sozialkompetenzen durch Verordnung. Er beachtet dabei die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne. **

[3] Er regelt für den Kindergarten die Unterrichtsdauer sowie die Richtziele der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenzen durch Verordnung. *

§ 13a * Laufbahnentscheide

[1] Die Promotion innerhalb der Primarschule und der Oberstufe findet aufgrund eines leistungsbezogenen und selektiven Notenzeugnisses statt. Vorbehalten bleibt die Promotion von Schülerinnen und Schülern in der 1. Klasse der Primarschule sowie von Schülerinnen und Schülern mit besonderen schulischen Bedürfnissen.

[2] Für den Stufen- und Typenwechsel gilt ein Empfehlungsverfahren. Bei fehlender Übereinstimmung zwischen der Schulpflege und den Eltern der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers können Stufen- und Typenwechsel von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zu allen schulischen Laufbahnentscheiden.

§ 14 Schülerzahl der Abteilungen

[1] Die Schülerzahl der Abteilungen soll den Lehrpersonen die Förderung des einzelnen Kinds ermöglichen. Sie wird vom Regierungsrat festgelegt, darf jedoch auf die Dauer am Kindergarten, an der Primarschule, an der Bezirks- und Sekundarschule je 25 sowie an der Realschule 22 Schülerinnen und Schüler nicht übersteigen. *

[2] Der Regierungsrat kann im Hinblick auf einen pädagogisch sinnvollen und wirtschaftlich effizienten Ressourceneinsatz an den Schulen die minimale Schülerzahl der Abteilung regeln. *

[3] … *

§ 14a * Ressourcenzuteilung

[1] Die Ressourcenzuteilung erfolgt im Rahmen der vom Grossen Rat im Budget für die Schulen festgelegten Mittel.

[2] Sie bemisst sich nach den Stundentafeln und den pädagogischen Bedürfnissen der jeweiligen Schulstufen und Schultypen, der besonderen Belastungssituation von Lehrpersonen und Schulleitungen sowie den sozioökonomischen Strukturen der Schulträger.

[3] Der Regierungsrat regelt die Kriterien für die Zuteilung und Verwendung der Ressourcen durch Verordnung. Er legt die Voraussetzungen für den Einsatz von Assistenzen sowie für den Anspruch der Gemeinden mit erheblicher sozialer Belastung auf Zusatzlektionen fest.

[4] Das zuständige Departement kann die Schulträger zur Bildung regionaler Angebote verpflichten, wenn dies für eine pädagogisch sinnvolle und wirtschaftlich effiziente Schulorganisation angezeigt ist, namentlich für Abteilungen mit kritischer Schülerzahlgrösse.

§ 15 * Besondere schulische Bedürfnisse

[1] Für Kinder, die den Anforderungen einer 1. Primarklasse voraussichtlich noch nicht zu genügen vermögen und für die ein Unterricht gemäss Absatz 2 oder eine Sonderschulung nicht angezeigt ist, sind Einschulungsklassen zu bilden. *****

[2] Schülerinnen und Schüler, die insbesondere infolge von Lernschwierigkeiten dem ordentlichen Unterricht nicht zu folgen vermögen und für die eine Sonderschulung nicht angezeigt ist, sind im Kindergarten mit heilpädagogischer Unterstützung und an Primarschule und Oberstufe in Kleinklassen oder mit heilpädagogischer Unterstützung in tragfähigen Regelklassen zu fördern. *****

[3] Schülerinnen und Schüler, die infolge ihrer Fremdsprachigkeit dem ordentlichen Unterricht nicht zu folgen vermögen und für die keine andere Massnahme angezeigt ist, sind mit geeigneter Unterstützung in Regelklassen zu fördern. *****

[4] Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen, die durch den ordentlichen Unterricht nicht genügend gefördert werden können und für die das Überspringen von Klassen oder eine andere Massnahme nicht angezeigt ist, sind in der Regelklasse mit geeigneter Unterstützung zu fördern. *****

[5] Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, für die der Besuch des Unterrichts mit geeigneter Unterstützung möglich und vertretbar ist, können im Kindergarten, in tragfähigen Regel-, Einschulungs- oder Kleinklassen gefördert werden. *****

[6] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Ressourcenzuteilung und die Modalitäten der Unterstützung durch Verordnung. *****

§ 15a * Spezialklassen

[1] Der Regierungsrat kann Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Führung von regionalen Spezialklassen für Kinder und Jugendliche mit disziplinarischen oder sozialen Auffälligkeiten gestatten.

[2] Die Zuteilung in eine Spezialklasse ist eine vorübergehende Massnahme für Schülerinnen und Schüler, welche die Regelklasse kurzfristig nicht zu tragen vermag.

[3] Der Regierungsrat regelt die Aufnahme, Schulung und Wiedereingliederung von Schülerinnen und Schülern in regionalen Spezialklassen durch Verordnung.

§ 16 Lehrmittel

[1] Die Gemeinden stellen den Schülern die Lehrmittel und das Schulmaterial unentgeltlich zur Verfügung.

[2] Sie stellen Musikinstrumente leihweise oder als Übungsgelegenheit zur Verfügung.

[3] Der Regierungsrat legt die obligatorischen Lehrmittel fest. *****

§ 17 Besondere Einrichtungen *****

[1] Über den lehrplanmässigen Unterricht hinaus können die Gemeinden besondere Einrichtungen für den Instrumental- und Gesangsunterricht sowie für schulunterstützende Angebote wie namentlich die Aufgabenhilfe führen. *****

§ 18 * …

§ 18a * Klassenlehrer

[1] Die Schulpflege bestimmt für jede Abteilung einen hauptverantwortlichen Klassenlehrer.

*2.2.1[bis]. Kindergarten **

§ 18b * Bildungsziel

[1] Der Kindergarten fördert die Entwicklung der Wahrnehmungs-, Ausdrucks- und Gemeinschaftsfähigkeit des Kinds. Er schafft die Voraussetzungen für das schulische Lernen.

§ 18c * Schulführung

[1] Der Kindergarten wird mit Abteilungen mit jeweils zwei Schuljahrgängen geführt.

2.2.2. Primarschule

§ 19 Bildungsziel

[1] Die Primarschule baut auf dem Kindergarten auf. Sie vermittelt die Grundlagen für Lesen, Schreiben, Rechnen und weitere elementare Bereiche des Wissens und Könnens und schafft eine Basis für Urteilsfähigkeit und selbstständiges Denken und Handeln. **

§ 20 * Schulführung **

[1] Die Primarschule wird mit ein- oder mehrklassigen Abteilungen geführt. **

[2] Eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Abteilungen aufgrund ihrer Leistung ist nicht statthaft. Die Schülerinnen und Schüler werden jedoch innerhalb der Abteilung individuell gefördert. Die individuelle Förderung muss im Rahmen der bewilligten Lektionen und unter Berücksichtigung der Stundentafel erfolgen. **

[3] … **

2.2.3. Oberstufe

§ 21 Bildungsziel

[1] Die Oberstufe baut auf der Primarschule auf. Sie vermittelt eine allgemeine Bildung und vertieft und ergänzt damit die Grundlagen für Urteilsfähigkeit sowie für selbstständiges Denken und Handeln. Sie schafft bei allen Schülern die Voraussetzungen zur Aus- und Weiterbildung.

§ 21a * Schulführung

[1] Die Abteilungen an der Oberstufe werden einklassig geführt. Das zuständige Departement kann Ausnahmen bewilligen.

§ 22 * Organisation der Sekundar- und Realschulen *****

[1] Die Real- und Sekundarschulen werden in Oberstufenzentren zusammengefasst. *****

[2] Ein Oberstufenzentrum umfasst mindestens sechs Real- und Sekundarschulabteilungen. Der Regierungsrat kann befristete Ausnahmen beschliessen. *****

[3] Die einzelnen Schulanlagen umfassen mindestens drei Oberstufenabteilungen. *****

[4] … *****

§ 22a * Organisation der Bezirksschulen

[1] Bezirksschulen müssen mindestens sechs Abteilungen umfassen.

[2] Die einzelnen Schulanlagen müssen mindestens sechs Abteilungen umfassen.

[3] Bezirksschulen können an Oberstufenzentren geführt werden.

§ 23 Gliederung; Zusammenarbeit

[1] Die Oberstufe umfasst die dreijährigen Typen Realschule, Sekundarschule und Bezirksschule sowie im dritten Jahr die zusätzlichen Angebote Berufswahljahr, Werkjahr sowie Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule. Der Grosse Rat ist befugt, das zusätzliche Angebot zu erweitern. *****

[2] Die Lehrpläne und Lehrmittel der Schultypen sind aufeinander abzustimmen. Die Zusammenarbeit unter den Typen ist zu fördern. *****

[3] Der Fächerabtausch unter den Lehrern ist innerhalb der Schultypen und typenübergreifend gestattet. *****

§ 24 Eintritt, Übertritt

[1] Die Schüler besuchen den Schultyp, dessen Anforderungen sie erfüllen; für einen späteren Übertritt sind die Voraussetzungen zu schaffen.

§ 25 Realschule

[1] Die Realschule vermittelt eine breite Grundausbildung und schafft durch ein differenziertes Unterrichtsangebot die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] … *

[3] … *

§ 26 Sekundarschule

[1] Die Sekundarschule vermittelt eine erweiterte Grundausbildung und schafft die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] … *

[3] … *

§ 27 Bezirksschule

[1] Die Bezirksschule schafft durch eine umfassende Grundausbildung die Voraussetzung für den Eintritt in die Mittelschulen und für die berufliche Ausbildung.

[2] Sie richtet sich nach den eidgenössischen Vorschriften für Maturitätsschulen aus.

[3] … *

§ 27a * Berufswahljahr, Werkjahr, Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule

[1] Das Berufswahljahr führt Jugendliche durch ein gezieltes Unterrichtsangebot zur Berufswahlreife und schafft damit die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] Das Werkjahr schafft durch ein vorwiegend auf praktische Tätigkeit ausgerichtetes Unterrichtsangebot für Jugendliche aus Kleinklasse und Realschule die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung beziehungsweise Eingliederung.

[3] Die Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule schafft durch ein auf die besonderen Bedürfnisse fremdsprachiger Jugendlicher ausgerichtetes Unterrichtsangebot die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung beziehungsweise Eingliederung.

[4] … *

2.2.4. Sonderschulung

§ 28 * Inhalt und Gliederung

[1] Sonderschulung ist die Förderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Sonderkindergärten und Sonderschulen.

[2] Die Sonderschulung umfasst Unterricht, Erziehung, Betreuung, therapeutische Massnahmen, Verpflegung, notwendige Transporte sowie Unterkunft bei Schulung in einer stationären Einrichtung.

[3] Die Sonderschulung beginnt mit der Schulpflicht und hört frühestens mit deren Beendigung auf, spätestens mit dem vollendeten 20. Altersjahr. In pädagogisch oder medizinisch besonders begründeten Fällen kann das zuständige Departement Ausnahmen bewilligen. *

[4] Die Sonderschulen können für Schülerinnen und Schüler ab dem 16. Altersjahr anstelle des Sonderschulunterrichts Sonderwerkunterricht anbieten.

[5] Der Regierungsrat legt die Bildungsziele, Unterrichtsinhalte und Voraussetzungen der Sonderschulung fest und regelt den Schulbetrieb.

*2.3. Besondere Förder- und Stützmassnahmen **

§ 29 * Arten

[1] Bei Kleinkindern mit Entwicklungsauffälligkeiten können zur Vorbereitung auf den Kindergarten und die Schule pädagogisch-therapeutische Massnahmen durchgeführt werden. Dazu gehört insbesondere die heilpädagogische Früherziehung.

[2] Für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Bereich der Wahrnehmung, Sprache oder Bewegung werden pädagogisch-therapeutische Massnahmen angeboten. Dazu gehören insbesondere der Sprachheilunterricht und die Psychomotorik-Therapie. Diese Massnahmen erfolgen zusätzlich zum Unterricht in der Volksschule, können aber bereits früher eingesetzt werden. *

[3] Für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, die im Regelkindergarten, in Regel-, Einschulungs- oder Kleinklassen gefördert werden, stehen Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung.

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 29a * Angebot und Durchführung

[1] Die Gemeinden bieten den Sprachheilunterricht an. Der Regierungsrat legt den Umfang fest. Bei den übrigen Massnahmen werden Angebot und Umfang mittels kantonaler Planung festgelegt.

[2] Der Besuch des Sprachheilunterrichts setzt eine Abklärung durch eine Fachperson und die Zuweisung durch die Schulpflege voraus.

2.4. Mittelschulen

§ 30 Bildungsziel

[1] Die Mittelschulen führen zur Hochschulreife oder schliessen mit einem eidgenössischen, beziehungsweise kantonalen Fähigkeitsausweis ab.

§ 31 Zweiter Bildungsweg

[1] Sonderkurse als Schulen des zweiten Bildungsweges können an höheren Fachschulen, an Berufsschulen und an Mittelschulen geführt werden.

§ 32 Eintritt

[1] Die Mittelschulen und die Sonderkurse stehen allen Schülern offen, die sich über die nötige Vorbildung ausweisen und den Anforderungen genügen.

§ 33 Organisation

[1] Der Grosse Rat beschliesst über Errichtung und Standort der Mittelschulen; er berücksichtigt dabei die Interessen der Regionen.

[2] Er regelt durch Dekret Inhalt und Dauer der Ausbildung sowie die Leitung und den Betrieb der Schulen.

2.5. … *

§ 34 * …

3. Eltern, Schüler, Lehrer und Inspektoren

§ 35 Grundsatz

[1] Die öffentlichen Schulen erfüllen ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag in Zusammenarbeit und in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern.

3.1. Eltern und Schüler

§ 36 Rechte

[1] Die Schüler, beziehungsweise ihre Eltern oder Pflegeeltern sind in regelmässigen Abständen über den Stand der Schülerleistungen zu unterrichten.

[2] Die Eltern haben das Recht, den Unterricht ihrer Kinder zu besuchen; Lehrer und Behörden stehen in Kontakt mit ihnen und informieren sie über das Schulgeschehen.

[3] Den Eltern steht das Recht zu, eine Elternversammlung zu bilden; ihre Vertreter sind von der Schulleitung und den Schulbehörden anzuhören.

§ 36a * Mitwirkungspflichten der Eltern

[1] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern müssen die Lehrpersonen oder die Schulleitung über Verhaltensänderungen ihres Kinds oder über Ereignisse, die sich in dessen Umfeld abspielen, informieren, soweit dies für den Schulalltag von Bedeutung ist.

[2] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern haben die Pflicht, an Elternveranstaltungen oder Gesprächen teilzunehmen, die von der Schulpflege, der Schulleitung oder einer Lehrperson angeordnet werden.

[3] Bleiben die Eltern beziehungsweise die Pflegeeltern den von der Schulpflege, der Schulleitung oder einer Lehrperson angeordneten Elternveranstaltungen oder Gesprächen unentschuldigt fern, können sie von der Schulpflege unter Androhung von Strafe vorgeladen werden. Folgen die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern der Vorladung nicht, spricht die Schulpflege eine Busse aus. Im Wiederholungsfall erstattet die Schulpflege von Amtes wegen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft für die Bezirke. Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind mit einer Busse von mindestens Fr. 600.– bis höchstens Fr. 1'000.– zu bestrafen. *

§ 37 * Schulversäumnisse

[1] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind verantwortlich, dass ihr schulpflichtiges Kind die Schule regelmässig besucht.

[2] Bei vorsätzlichem unentschuldigtem Fernhalten des Kinds von der Schule bis höchstens drei Schultage werden die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern von der Schulpflege gemahnt und im Wiederholungsfall mit einer Busse bestraft.

[3] Wenn das Fernhalten gemäss Absatz 2 länger als drei Schultage dauert, erstattet die Schulpflege von Amtes wegen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft für die Bezirke und nötigenfalls Meldung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gemäss Art. 307 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) vom 10. Dezember 1907 [1)]. Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind mit einer Busse von mindestens Fr. 600.– bis höchstens Fr. 1'000.–, im Wiederholungsfall mit einer Busse von mindestens Fr. 1'000.– bis höchstens Fr. 2'000.–, zu bestrafen. *

§ 37a * Strafkompetenz der Schulpflege; Rechtsmittel

[1] Die Schulpflege kann gemäss den §§ 36a Abs. 3 und 37 Abs. 2 Bussen durch Strafbefehl bis höchstens Fr. 500.– aussprechen.

[2] Gegen einen Strafbefehl kann die gebüsste Person bei der Schulpflege unter Ausschluss der Verwaltungsbeschwerde innert 20 Tagen schriftlich Einsprache erheben. Dadurch wird der Strafbefehl aufgehoben.

[3] Die Einsprache erhebende Person ist zu einer Verhandlung vor die Schulpflege oder ein von ihr bestimmtes Mitglied vorzuladen. Die Schulpflege fällt einen begründeten Entscheid.

[1)] SR 210

[4] Gegen den Strafentscheid kann innert 20 Tagen nach Eröffnung bei der Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise beim Bezirksgerichtspräsidenten als Einzelrichterin beziehungsweise als Einzelrichter schriftlich Beschwerde zum endgültigen Entscheid erhoben werden.

[5] Im Übrigen gelten die Vorschriften des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 [1)]. *

§ 38 Unterrichtsbesuch; Dispensation; Urlaub *

[1] Die Schülerinnen und Schüler sind zu regelmässigem Unterrichtsbesuch verpflichtet. Auf Ersuchen der Inhaber der elterlichen Sorge haben sie Anspruch auf einen freien Schulhalbtag pro Quartal. *

[2] Eine Schülerin oder ein Schüler kann aus wichtigen Gründen auf schriftliches Begehren der Inhaber der elterlichen Sorge

a) von einzelnen Lektionen dispensiert werden;
b) * vom Unterricht für kurze Zeit beurlaubt werden.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. *

[4] … *

§ 38a * Disziplinarmassnahmen:
1. Grundsatz

[1] Disziplinarmassnahmen sind erzieherisch sinnvoll zu gestalten; körperliche Züchtigung, Einschliessung und Kollektivstrafen sind nicht gestattet.

§ 38b * 2. Anordnung durch Lehrpersonen der Volksschule

[1] Die Lehrpersonen an der Volksschule können folgende Disziplinarmassnahmen anordnen:

a) Ermahnung;
b) schriftliche Arbeit, die von der anordnenden Lehrperson zu kontrollieren ist;
c) zusätzliche Arbeit bis zu vier Stunden pro Woche unter Aufsicht;
d) Ausschluss vom Unterricht für höchstens den laufenden Tag;
e) Ausschluss aus laufenden besonderen Schulveranstaltungen wie insbesondere Lagern oder Projektwochen.

[2] Ist die Betreuung durch die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern im Falle eines Ausschlusses gemäss Absatz 1 lit. d und e während der Unterrichtszeit nicht gewährleistet, muss sie von der Schule organisiert werden. Allfällige Betreuungskosten sind von den Eltern zu tragen. Die Wohnortsgemeinde erlässt eine Kostenverfügung. Dagegen kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Departement Bildung, Kultur und Sport geführt werden. *

[1)] SR 311.0

§ 38c * 3. Anordnung durch Schulpflegen

[1] Die Schulpflegen können folgende Disziplinarmassnahmen anordnen:

a) schriftlicher Verweis;
b) gemeinnützige Arbeitsleistung bis maximal sechs unterrichtsfreie Halbtage;
c) vorbeugender Ausschluss aus besonderen Schulveranstaltungen wie insbesondere Lagern oder Projektwochen;
d) Versetzung in eine andere Abteilung der gleichen Klasse innerhalb des Schulorts oder des Gemeindeverbands oder einer anderen Gemeinde;
e) befristeter oder dauernder Ausschluss aus Wahlfächern, in denen sich das fehlbare Verhalten zeigt;
f) befristeter vollständiger oder teilweiser Schulausschluss bis höchstens sechs Schulwochen pro Schuljahr;
g) Wegweisung von der Schule nach Vollendung der Schulpflicht.

§ 38d * 4. Anordnung durch das Departement Bildung, Kultur und Sport

[1] Das Departement Bildung, Kultur und Sport kann auf Antrag der Schulpflege einen befristeten vollständigen oder teilweisen Schulausschluss bis höchstens zwölf Schulwochen pro Schuljahr verfügen.

[2] Das Departement Bildung, Kultur und Sport kann auf Antrag der Schulpflege in Abstimmung mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde beziehungsweise der Jugendanwaltschaft eine Schülerin oder einen Schüler für die Dauer eines Verfahrens um Einweisung in ein Erziehungsheim vom Unterrichtsbesuch ausschliessen, wenn der ordentliche Schulbetrieb auf andere Weise nicht gewährleistet werden kann. *****

§ 38e * 5. Beschäftigung während des Schulausschlusses; Finanzierung

[1] Bei einem Schulausschluss gemäss den §§ 38c lit. f und 38d sind die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern mit Hilfe der Schulleitung und allenfalls unter Beizug der Fachstellen für eine angemessene Beschäftigung verantwortlich. In begründeten Fällen und mit Zustimmung der für den Ausschluss zuständigen Behörde können Schülerinnen und Schüler auch in Einrichtungen der Sonderschulung geschult und betreut werden.

[2] Die Kosten für eine angemessene Beschäftigung tragen die Eltern. Im Falle von Schülerinnen und Schülern, die in Einrichtungen der Sonderschulung geschult und betreut werden, richtet sich die Finanzierung und Kostenverteilung nach den kantonalen Bestimmungen zur Sonderschulung.

[3] Die Schulleitung plant rechtzeitig die Wiedereingliederung. Die Wohnortsgemeinde kann die Eltern zur Gewährleistung des schulischen Wiedereinstiegs des Kinds verpflichten, an die entstandenen Kosten einen Beitrag von höchstens Fr. 1'000.– pro Monat zu leisten. Die Wohnortsgemeinde erlässt eine Kostenverfügung. Dagegen kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Departement Bildung, Kultur und Sport geführt werden. *****

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zum Schulausschluss.

§ 38f * 6. Rechtsmittel

[1] Disziplinarmassnahmen, die von Lehrpersonen an der Volksschule angeordnet werden, sind nicht mittels Beschwerde anfechtbar und sofort vollstreckbar.

[2] Disziplinarmassnahmen, die von der Schulpflege angeordnet werden, können mittels Beschwerde zum endgültigen Entscheid an den Schulrat des Bezirks weitergezogen werden. Vorbehalten bleibt Absatz 3.

[3] Folgende Disziplinarmassnahmen sind mittels Beschwerde an den Regierungsrat weiterziehbar: *

a) der durch die Schulpflege oder das Departement Bildung, Kultur und Sport angeordnete befristete vollständige oder teilweise Schulausschluss;
b) die Wegweisung von der Schule nach Vollendung der Schulpflicht;
c) der Schulausschluss für die Dauer eines Verfahrens um Einweisung in ein Erziehungsheim.

§ 39 Schülermitsprache

[1] Zur Wahrung des Mitspracherechts kann sich die Schülerschaft der Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten organisieren; ihre Vertreter sind von der Schulleitung und von den Schulbehörden anzuhören.

3.2. Lehrer

§ 40 * …

§ 41 * …

§ 42 * …

§ 43 * …

§ 44 * …

§ 45 * …

§ 46 * …

§ 47 Lehrerkonferenzen

[1] … *

[2] Die Lehrpersonen einer Schule bilden die Lehrerkonferenz. *

[3] Als Vertreter der Lehrerschaft nehmen die Rektoren an den Sitzungen der Schulpflege, beziehungsweise der Aufsichtskommission mit beratender Stimme teil.

§ 48 Kantonalkonferenz

[1] Die Lehrer aller öffentlichen Schulen des Kantons oder ihre Delegierten bilden die Kantonalkonferenz. Sie organisiert und konstituiert sich selbst; ihre Statuten bedürfen der Genehmigung durch das Erziehungsdepartement [1)].

[2] Die Kantonalkonferenz befasst sich mit Schulfragen von allgemeiner Bedeutung und begutachtet Schulangelegenheiten zuhanden des Erziehungsrates und des Erziehungsdepartementes [1)]. Sie hat das Recht der Antragstellung an Erziehungsrat und Erziehungsdepartement [1)].

[3] Sie hat das Vorschlagsrecht für die Wahl von vier Mitgliedern des Erziehungsrates.

§ 49 * …

§ 50 * …

*3.3. Qualitätssicherung **

§ 50a * Meldung an Departement *

[1] Die Anstellungsbehörde meldet dem zuständigen Departement Lehrpersonen, deren persönliche oder fachliche Eignung für das Erteilen eines genügenden Unterrichts in Frage gestellt ist, insbesondere wenn sie

a) ihre Handlungsfähigkeit verloren haben;
b) wegen eines Delikts verurteilt worden sind, das sie nach Art und Schwere der Tat sowie dem Verschulden als nicht mehr vertrauenswürdig erscheinen lässt;
c) wiederholt durch ihr Verhalten die Sicherstellung des ordentlichen Schulbetriebs ernsthaft gefährdet haben;
d) sonst offensichtlich unfähig sind, genügenden Unterricht zu erteilen.

[2] Das zuständige Departement erlässt eine beschwerdefähige Verfügung, wenn eine Weitermeldung gemäss Art. 12^{bis} der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 [2)] notwendig erscheint.

§ 50b * …

[1)] Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport
[2)] SAR 400.700

§ 51 Aufsicht und Beratung *****

[1] Die Inspektoren üben die pädagogische und fachliche Aufsicht über den Unterricht an den öffentlichen und privaten Schulen aus; sie beraten die Lehrer.

[2] Sie stehen den Schulbehörden als Berater zur Verfügung.

§ 51a * Meldung an Schulleitung

[1] Hat eine Schülerin oder ein Schüler ein Verbrechen oder Vergehen begangen, durch das die physische, psychische oder sexuelle Integrität einer anderen Person erheblich beeinträchtigt wurde oder werden sollte, und ist das entsprechende Verfahren abgeschlossen, informiert die frühere Schulleitung nach einem Schulübertritt oder Schulwechsel der Schülerin oder des Schülers die nachfolgende Schulleitung über die wesentlichen Umstände der Tat.

[2] In den übrigen Fällen, bei denen eine Schülerin oder ein Schüler ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, und das entsprechende Verfahren abgeschlossen ist, kann die frühere Schulleitung nach einem Schulübertritt oder Schulwechsel der Schülerin oder des Schülers die nachfolgende Schulleitung über die wesentlichen Umstände der Tat informieren, wenn dies im Interesse der Schülerin oder des Schülers beziehungsweise der Schule als geboten erscheint.

[3] Die Meldung an die nachfolgende Schulleitung gemäss Absatz 1beziehungsweise Absatz 2 ist ausgeschlossen, wenn die Tat mehr als drei Jahre zurückliegt.

4. Trägerschaft durch Gemeinde und Private

4.1. Öffentliche Schulen

4.1.1. Allgemeines

§ 52 Grundsatz

[1] Die Gemeinden sind verpflichtet, die Volksschule einschliesslich der Sonderschulen selbst zu führen oder sich an einer entsprechenden Kreisschule zu beteiligen beziehungsweise das Schulgeld für Kinder mit Aufenthalt auf ihrem Gebiet zu übernehmen. *****

[2] Die Errichtung neuer Schulen und Abteilungen bedarf der Zustimmung des zuständigen Departements; es kann nach Anhören von Gemeinderat und Schulpflege die Errichtung neuer und die Aufhebung bisheriger Abteilungen anordnen. *****

[3] Gemeinden und Gemeindeverbände, die einen Kindergarten, eine Einschulungsklasse, eine Kleinklasse, eine unterstützte Regelklasse, eine Schule der Oberstufe oder eine Sonderschule führen, sind im Rahmen der zulässigen Schülerzahlen der Abteilungen verpflichtet, Kinder aus anderen Gemeinden, in denen keine solchen Schulen bestehen, unter den gleichen Voraussetzungen aufzunehmen wie Kinder mit Aufenthalt in der Gemeinde selbst. *****

[4] Der Regierungsrat legt den Rahmen fest, innerhalb dessen die Gemeinden untereinander das Schulgeld vereinbaren können. Für die Fälle, in denen sich die Gemeinden nicht einigen können, regelt der Regierungsrat die Höhe der Schulgelder. Diese decken in der Regel die Vollkosten, mindestens jedoch die zusätzlichen Kosten im Einzelfall, die durch den Schulbesuch entstehen. *****

[5] Schulen der Primarschulstufe können durch Beschluss des Grossen Rates aufgehoben werden, wenn die Schülerzahl dauernd weniger als zwölf beträgt. *****

4.1.2. Gemeinde

§ 53 Schulbauten, Schuleinrichtungen

[1] Die Gemeinden beschaffen und unterhalten die für die Volksschule erforderlichen Schullokale, Turn- und Spielplätze. *****

[2] Sie beschaffen und unterhalten das Mobiliar, die Schuleinrichtungen und die Lehrmittel.

[3] Vernachlässigt eine Gemeinde diese Pflichten trotz Mahnung, so trifft der Regierungsrat auf ihre Kosten die nötigen Vorkehren.

[4] Die Gemeinden erleichtern den auswärtigen Schulbesuch:

a) durch Schaffung von Radwegen, wo es die Verkehrssicherheit erfordert,
b) durch angemessene Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs,
c) durch Übernahme notwendiger Transportkosten.

[5] Die Gemeinden stellen die Schulanlagen und -einrichtungen der Erwachsenenbildung zur Verfügung, sofern diese auf gemeinnütziger Grundlage erfolgt.

§ 54 * …

§ 55 * Zuständigkeiten des Stimmbürgers; Kreisschulen

[1] Die Stimmbürger der Gemeinde entscheiden über die Errichtung und Führung von Kreisschulen durch Beitritt zu einem Kreisschulverband oder durch Abschluss von Verträgen.

4.1.3. Kreisschulen *

§ 56 * Zweck und Organisation

[1] Zur Errichtung und Führung einer Kreisschule können zwei oder mehrere Gemeinden einen Verband bilden oder einen Vertrag abschliessen.

[2] Der Kreisschulverband übernimmt für seine Schulen die Rechte und Pflichten der beteiligten Gemeinden.

[3] Für die Errichtung und die Organisation des Kreisschulverbandes gelten sinngemäss die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesetz) vom 19. Dezember 1978 [1)]. Die Kreisschulpflege tritt an die Stelle des Vorstandes oder sie bildet ein zusätzliches Organ.

§ 56a * …

§ 57 * Oberstufenzentren und Bezirksschulen *

[1] Die Gemeinden einer Region arbeiten zusammen, wenn die organisatorischen Rahmenbedingungen dieses Gesetzes einer Gemeinde die eigenständige Errichtung und Führung eines Oberstufenzentrums und einer Bezirksschule nicht zulassen oder wenn eine Zusammenarbeit im Hinblick auf einen lehrplangerechten und wirtschaftlichen Schulbetrieb als erforderlich erscheint. *

[2] Die Gemeinden, Regionalplanungsverbände und Schulräte der Bezirke planen gemeinsam unter Mithilfe des Kantons die Bildung von Schulkreisen für Oberstufenzentren und Bezirksschulen. *

[3] Kommt es dabei zu keiner Einigung, legt der Regierungsrat die Schulkreise, die Standorte und die Art der Zusammenarbeit, namentlich die Zusammenlegung von Abteilungen, welche die Mindestschülerzahl unterschreiten, fest. *

[4] Die betroffenen Gemeinden regeln die Form der Zusammenarbeit unabhängig von der Anzahl Abteilungen in einer Gemeinde selbständig. Dabei kann ein Verband errichtet oder ein Vertrag abgeschlossen werden. *

[5] Der Regierungsrat kann für eine befristete Übergangszeit Ausnahmen hinsichtlich der Zusammenarbeit bewilligen. *

[6] Wenn sich die betroffenen Gemeinden nicht über die Form der Zusammenarbeit einigen können, kann der Grosse Rat die Bildung eines Verbands und der Regierungsrat den Abschluss eines Vertrags anordnen. Die betroffenen Gemeinden sind vorher anzuhören. *

§ 57a * Angebote für besondere schulische Bedürfnisse

[1] Für die Koordination zwischen den Gemeinden im Bereich von besonderen schulischen Bedürfnissen gemäss § 15, bei der Führung von Spezialklassen gemäss § 15a und von Sonderschulen gilt sinngemäss § 57. *

[1)] SAR 171.100

4.2. Privatschulen und private Schulung *

§ 58 * Bewilligung; Nachweis des genügenden Unterrichts

[1] Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrats. Die Bewilligung von Sonderschulen richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006 [1)]. *

[2] Der Regierungsrat legt zur Sicherung einer den öffentlichen Schulen gleichwertigen Ausbildung die Bewilligungsvoraussetzungen fest. Die jeweilige Trägerschaft einer Privatschule muss vertrauenswürdig sein und Gewähr dafür bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht Einflüssen ausgesetzt werden, die denjenigen Zielen der öffentlichen Schulen zuwiderlaufen, die sich aus der Präambel dieses Gesetzes ergeben.

[3] Bei privater Schulung schulpflichtiger Kinder durch die Eltern, Pflegeeltern oder durch eine Drittperson ausserhalb einer Privatschule muss der genügende Unterricht nachgewiesen werden. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat.

§ 58a * Aufsicht

[1] Privatschulen und private Schulung stehen unter staatlicher Aufsicht.

[2] Bestehen begründete Zweifel, ob die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, kann die Bewilligungsbehörde Anordnungen zur Klärung und Behebung von Missständen treffen. Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllt, kann die Bewilligungsbehörde die notwendigen Massnahmen treffen und allenfalls die Bewilligung entziehen.

§ 58b * Instrumentalunterricht, Therapien und Schuldienste *

[1] Schulpflichtige Kinder, die ihren Wohnsitz im Kanton Aargau haben und eine Privatschule besuchen oder privat geschult werden, haben zu den gleichen Bedingungen Zugang zum Instrumentalunterricht sowie zu den Therapien und Schuldiensten wie die Kinder an den öffentlichen Schulen. *

§ 58c * Lehrpersonen an Privatschulen; Weiterbildung

[1] Lehrpersonen, die an Privatschulen im Kanton Aargau schulpflichtige Kinder unterrichten, haben die Pflicht, sich in geeigneter Weise weiterzubilden.

[2] Die vom Kanton Aargau angebotenen Weiterbildungskurse stehen den Lehrpersonen an Privatschulen im Kanton Aargau zu denselben Bedingungen zur Verfügung wie den Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen. Davon ausgenommen sind Kurse, die dem Erwerb einer höheren Qualifikation dienen.

[1)] SAR 428.500

5. Schuldienste

§ 59 Organisation

[1] Der Grosse Rat ordnet die Schuldienste und regelt durch Dekret ihren Umfang und Betrieb, einschliesslich der Verpflichtungen der Eltern und der Schulträger.

§ 60 * Jugendpsychiatrischer Dienst

[1] Der Kanton sorgt für die Bereitstellung eines Jugendpsychiatrischen Dienstes.

§ 60a * Schulpsychologische Dienste

[1] Der Kanton sorgt für ein genügendes Angebot an Schulpsychologischen Diensten.

[2] Er kann die Führung der Dienste mittels Leistungsvereinbarungen öffentlichen oder privaten Körperschaften übertragen.

[3] Der Regierungsrat legt die Leistungsvereinbarungsperioden, das Kontrollverfahren und die Finanzierungsgrundsätze fest.

§ 61 * Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

[1] Der Kanton sorgt für ein genügendes Angebot an Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsdiensten für alle Jugendlichen ab dem 8. Schuljahr, für Erwachsene vor, während und nach einer Ausbildung sowie für die familiären und schulischen Bezugspersonen dieser Anspruchsgruppen.

[2] Er kann die Führung der Dienste mittels Leistungsvereinbarungen öffentlichen oder privaten Körperschaften übertragen.

[3] Der Regierungsrat legt die Leistungsvereinbarungsperioden, das Kontrollverfahren und die Finanzierungsgrundsätze fest.

§ 61a * Schulsozialarbeit

[1] Die Schulträger können eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter bestellen.

[2] Der Regierungsrat regelt die fachliche Unterstützung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie der Schulträger.

§ 62 Schularzt

[1] Für jede öffentliche und private Schule ist ein Schularzt zu bestellen, der die Gesundheitserziehung fördert, die gesundheitlichen Verhältnisse in der Schule überwacht und für vorbeugende Massnahmen sorgt.

§ 63 Schulzahnpflege

[1] Die Schulzahnpflege bezweckt die Erhaltung gesunder Zähne, wobei den vorbeugenden Massnahmen besondere Bedeutung zukommt.

[2] Die Schulgemeinden sind verpflichtet, die Schulzahnpflege durchzuführen.

§ 64 Lehrmittel

[1] Zur Beschaffung der Lehr- und Lernmittel unterhält der Kanton einen Lehrmittelverlag und ein didaktisches Zentrum.

§ 65 * Mediotheken

[1] Jede Standortgemeinde unterhält für ihre Schule eine Mediothek.

6. Schullasten

§ 66 * Personalaufwand

[1] Die Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände am Personalaufwand der Volksschulen bemisst sich nach den von ihnen beanspruchten Stellen und liegt bei höchstens 35 % dieses Aufwands. *

[2] Der Grosse Rat legt die Zusammensetzung des Personalaufwands, die Berechnung sowie den Prozentsatz der Beteiligung gemäss Absatz 1 fest.

[3] Bei Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand gemäss § 2 Abs. 2 des Dekrets über die Versetzung von Mitarbeitenden in den vorzeitigen Ruhestand zur Umsetzung von Stellenkürzungen vom 23. November 2004 [1)] können die betreffenden Gemeinden an den Kosten beteiligt werden. Der Umfang bemisst sich am Prozentsatz, gemäss Absatz 2.

[4] Der Kanton kann sich am Personalaufwand der Gemeinden oder Gemeindeverbände für weitere durch die Gesetzgebung vorgesehene Funktionen beteiligen. Der Grosse Rat regelt durch Dekret die Einzelheiten.

[5] Der Kanton zahlt die Löhne der Lehrpersonen und Mitglieder der Schulleitungen an den von den Gemeinden und Gemeindeverbänden geführten Volksschulen aus. *

§ 67 * …

§ 67a * …

§ 67b * Leistungen des Kantons an die Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit

[1] Der Kanton kann Gemeinden und Kirchgemeinden Beiträge gewähren an den Auf- und Ausbau von Strukturen für die im informellen Bildungsbereich angesiedelte ausserschulische Jugendarbeit.

[2] Die Beitragshöhe beträgt bis 40 % der subventionsberechtigten Ausgaben.

[1)] AGS 2004 S. 352; aufgehoben (AGS 2004 S. 354)

[3] Der Regierungsrat regelt insbesondere die subventionsberechtigten Ausgaben, die Förderkriterien und das Verfahren.

§ 68 * Finanzierung der Sonderschulung und der besonderen Förder- und Stützmassnahmen

[1] Die Finanzierung und Kostenverteilung der Sonderschulung und der besonderen Förder- und Stützmassnahmen regelt das Betreuungsgesetz.

§ 68a * Tagesschulen

[1] Für die zusätzlichen Kosten von Tagesschulen, wie Verpflegung und unterrichtsunabhängige Betreuung, können die Schulträger von den Inhabern der elterlichen Sorge Beiträge verlangen. Diese dürfen höchstens kostendeckend sein.

7. Behörden

7.1. Schulpflege

§ 69 Zusammensetzung

[1] Als Behörde für das Volksschulwesen besteht in jeder Gemeinde eine Schulpflege von mindestens 3 Mitgliedern. *

[2] Für Schulen von Kreisschulverbänden ist die Kreisschulpflege zuständig. Die Bestimmungen über die Schulpflege gelten sinngemäss für die Kreisschulpflege. *

[3] Die Schulpflege konstituiert sich selbst.

[4] Bei Kreisschulen, die vertraglich gemeinsam mit anderen Gemeinden geführt werden, kann den Mitgliedern von Schulpflegen dieser Gemeinden Sitz mit beratender Stimme, abgestuftem oder vollem Stimmrecht in den Schulpflegen der Standortgemeinden eingeräumt werden. *

§ 70 Kommissionen

[1] Für die Betreuung und Beaufsichtigung einzelner Bereiche kann die Schulpflege auf ihre Amtsdauer besondere Kommissionen von wenigstens 3 Mitgliedern wählen. *

[2] Ein Vertreter der Lehrerschaft nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 71 * Aufgaben

[1] Die Schulpflege ist verantwortlich für die Führung der Volksschule und beaufsichtigt die private Schulung. Sie trifft alle Entscheidungen, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können. *

[2] Die Schulleitung führt die Schule operativ und entlastet die Schulpflege. Sie nimmt die interne Qualitätssicherung und -entwicklung wahr und ist der Schulpflege unterstellt.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zur Schulleitung. Er kann für kleine Schulen von der Einsetzung einer Schulleitung absehen und die entsprechenden Kompetenzen bei der Schulpflege belassen.

§ 72 Kirchlicher Religionsunterricht

[1] Zur Erteilung des kirchlichen Religionsunterrichtes sind den öffentlichrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften für zwei Wochenstunden pro Abteilung innerhalb der Unterrichtszeit unentgeltlich geeignete Schulräume zur Verfügung zu stellen.

§ 73 Laufbahnentscheide *

[1] Die Schulpflege trifft alle Laufbahnentscheide, wenn sich die Eltern der Beurteilung der beteiligten Lehrpersonen nicht anschliessen können. *

[2] Die Schulpflege entscheidet über die Zuweisung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder erheblichen sozialen Beeinträchtigungen in Regelklassen oder in die Sonderschulung. *

[2bis] Liegt beim Übertritt von einer staatlich anerkannten Privatschule in die öffentliche Schule eine entsprechende Empfehlung vor, wird die Schülerin oder der Schüler ohne weiteren Entscheid der Schulpflege aufgenommen. *

[3] … *

[4] … *

[5] … *

§ 73a * Weiterbildung

[1] Der Kanton kann für Mitglieder von Schulpflegen Weiterbildungskurse anbieten.

[2] Er verrechnet die Kosten der Gemeinde oder dem Gemeindeverband weiter.

§ 74 Kompetenzgeld

[1] Zur Bestreitung besonderer nicht voraussehbarer Bedürfnisse der Schule ist der Schulpflege alljährlich ein angemessener Budgetkredit einzuräumen. *

§ 75 Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide der Schulpflege kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Schulrat des Bezirks geführt werden.Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit der Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise des Bezirksgerichtspräsidenten gemäss § 37a Abs. 4 sowie die für dieses Verfahren geltenden Fristen. *

7.2. Schulrat des Bezirks

§ 76 Zusammensetzung und Wahl

[1] In jedem Bezirk wird durch Volkswahl ein Schulrat von 7 Mitgliedern bestellt. *****

[2] … *****

[3] Der Rat konstituiert sich selbst. *****

§ 77 Aufgaben

[1] Der Schulrat des Bezirks überwacht die Volksschule; er begutachtet die Errichtung neuer Schulen, nimmt Stellung zur Schulplanung und fördert die Zusammenarbeit der Gemeinden. *****

[2] Er behebt Anstände zwischen Schulbehörden und Lehrern und überwacht den Vollzug der Weisungen höherer Instanzen.

[3] Er entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Schulpflegen des Bezirks, wenn es sich nicht um solche des Strafverfahrens gemäss § 37a handelt. *****

§ 78 * Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide des Schulrats des Bezirks kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Regierungsrat geführt werden; vorbehalten bleibt § 38f Abs. 2 dieses Gesetzes.

7.3. Erziehungsrat

§ 79 Zusammensetzung und Wahl

[1] Der Erziehungsrat besteht aus 11 Mitgliedern; den Vorsitz führt der Vorsteher des Erziehungsdepartementes [1)]; die übrigen Mitglieder werden vom Grossen Rat gewählt, 4 Mitglieder auf Vorschlag der Kantonalkonferenz.

§ 80 Aufgaben

[1] Der Erziehungsrat ist als vorberatende Behörde des Regierungsrats und beratende Behörde des Departements Bildung, Kultur und Sport in allen Schulfragen von grundsätzlicher Bedeutung anzuhören. *****

[2] Er betreut:

a) die Prüfungen in den öffentlichen Schulen;
b) die Schulorganisation, soweit sie nicht dem Regierungsrat oder dem Departement Bildung, Kultur und Sport überlassen ist, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stufen und Typen;
c) ***** das Lehrmittelwesen.

[1)] Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport

§ 81 Genehmigung durch den Regierungsrat

[1] Soweit Beschlüsse und Erlasse des Erziehungsrates eine finanzielle Belastung des Kantons oder der Gemeinden zur Folge haben, bedürfen sie der Genehmigung durch den Regierungsrat.

§ 82 * …

§ 83 * …

§ 84 Schulversuche

[1] Der Erziehungsrat kann für örtlich und zeitlich begrenzte Schulversuche die Einrichtung besonderer Schul- und Unterrichtsformen gestatten.

§ 85 * Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide des Erziehungsrats kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Regierungsrat geführt werden.

7.4. Erziehungsdepartement [1)]

§ 86 Aufgaben

[1] Das Schul- und Bildungswesen des Kantons untersteht der Leitung des Erziehungsdepartementes [1)]. Es ist in allen Fragen zuständig, deren Behandlung nicht dem Regierungsrat, dem Erziehungsrat oder einer anderen Instanz durch Gesetz übertragen ist.

§ 86a * Berichterstattung

[1] Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht über die Anzahl besetzter Stellen des dem Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen (GAL) vom 17. Dezember 2002 [2)] unterstellten Personals per Stichtag 1. November.

§ 87 * …

1) Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport
2) SAR 411.200

7.5. Regierungsrat

§ 88 Zuständigkeit

[1] Der Regierungsrat übt die Schulaufsicht aus, soweit sie nicht vom Inspektorat wahrgenommen wird. *****

[2] Der Regierungsrat kann einzelnen Gemeinden Ausnahmen von den Vorschriften über die Schulorganisation bewilligen, sofern es im eindeutigen Interesse der Schüler liegt.

[3] Der Regierungsrat ist ermächtigt, mit anderen Kantonen Verträge über die Aufnahme von Schülern und die Bildung von Kreisschulen in den Grenzgebieten abzuschliessen.

7.6. Grosser Rat

§ 89 Zuständigkeit

[1] … *****

[2] Der Grosse Rat kann Schulversuche anordnen und dafür den Rahmen festlegen. *****

[3] Er ist endgültig zuständig für Ausgabenbeschlüsse über die Errichtung, die Erweiterung und die Aufhebung der Mittelschulen in Aarau, Baden, Stein, Wettingen, Wohlen und Zofingen.

[4] Er beschliesst über die Errichtung von Schulen, die vom Kanton gemeinsam mit anderen Trägern geführt werden. Er kann festlegen, dass von Studierenden dieser Schulen mit Wohnsitz im Kanton ein Kostenbeitrag erhoben wird, wenn der Kanton selbst für vergleichbare Ausbildungen persönliche Studiengelder vorsieht. Der Grosse Rat setzt den Rahmen fest. *****

8. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 90 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Durch dieses Gesetz werden alle ihm widersprechenden Vorschriften aufgehoben, insbesondere das Schulgesetz vom 20. November 1940 [1)] und das Gesetz über den Ausschluss der Jesuitenzöglinge von der Maturitäts- und Staatsprüfung vom 18. Dezember 1845 [2)].

§ 90a * …

§ 90b * …

[1)] AGS Bd. 3 S. 47; Bd. 7 S. 122; Bd. 8 S. 366; Bd. 10 S. 65
[2)] AGS Bd. 1 S. 87

§ 90c * Einschulung

[1] Der Gemeinderat entscheidet auf Antrag der Schulpflege über eine Staffelung der Verschiebung des Einschulungsstichtags gemäss § 4 Abs. 2. Die Verschiebung muss spätestens bis zum Schuljahresbeginn 2018/19 vollzogen sein.

§ 90d * Organisation der Bezirksschulen

[1] Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 22a bestehenden Bezirksschulen mit weniger als sechs Abteilungen dürfen längstens acht Jahre weitergeführt werden, müssen aber mindestens drei Abteilungen umfassen.

§ 91 Inkrafttreten

[1] Dieses Gesetz ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens; er ist mit dem Vollzug beauftragt.
[2] … *****
[3] … *****
[4] … *****

Aarau, den 17. März 1981

Präsident des Grossen Rates
MÜLLER

Staatsschreiber
SIEBER

Angenommen in der Volksabstimmung vom 27. September 1981.
Inkrafttreten: 1. April 1982 [1)]; §§ 42 und 43: 1. August 1984 [2)]

[1)] RRB vom 7. Dezember 1981 (AGS Bd. 10 S. 553).
[2)] RRB vom 25. Juni 1984 (AGS Bd. 11 S. 335).

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
17.03.1998	01.08.1998	§ 1a	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 4	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 6	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 6 Abs. 2	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 3	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 4	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 5	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 11 Abs. 1	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.10.2000	§ 15	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175, 2000 S. 111
17.03.1998	01.08.1998	§ 18	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 23 Abs. 1	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 23 Abs. 2	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 27a	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 38	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 38 Abs. 4	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 3	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 4	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 5	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 54 Abs. 2bis	eingefügt	AGS 1998 S. 175
09.03.1999	01.08.1999	§ 89 Abs. 4	geändert	AGS 1999 S. 119
11.01.2000	01.01.2003	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 18a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 22	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 23 Abs. 3	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 25 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 26 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 27 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 27a Abs. 4	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 55	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	Titel 4.1.3.	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 56	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 57	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 57a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 65	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 67a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 2	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 4	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 70 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
07.03.2000	01.07.2000	§ 76 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2000 S. 89
16.05.2000	01.04.2001	§ 40	aufgehoben	AGS 2000 S. 242
02.07.2002	01.01.2003	§ 16 Abs. 3	eingefügt	AGS 2002 S. 390
02.07.2002	01.01.2003	§ 67a Abs. 4	aufgehoben	AGS 2002 S. 390
17.12.2002	01.01.2005	§ 7 Abs. 1	geändert	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 41	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 42	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 43	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 44	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 45	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 46	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 47 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 47 Abs. 2	geändert	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 49	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 50	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	Titel 3.3.	geändert	AGS 2004 S. 156
17.12.2002	01.01.2005	§ 51	Titel geändert	AGS 2004 S. 156
17.12.2002	01.01.2005	§ 71	totalrevidiert	AGS 2004 S. 157
17.12.2002	01.01.2005	§ 73a	eingefügt	AGS 2004 S. 157
17.12.2002	01.01.2005	§ 82	aufgehoben	AGS 2004 S. 157
22.06.2004	01.08.2005	§ 3 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 193
22.06.2004	01.08.2005	§ 3 Abs. 4	eingefügt	AGS 2005 S. 193

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
22.06.2004	01.03.2005	§ 56a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 66
11.01.2005	01.08.2005	§ 86a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 230
22.02.2005	01.01.2006	§ 9 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 60	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 60a	eingefügt	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 61	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 66	totalrevidiert	AGS 2005 S. 568
22.02.2005	01.01.2006	§ 67	aufgehoben	AGS 2005 S. 568
01.03.2005	01.08.2005	§ 1 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 4 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 4 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 5	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 14 Abs. 3	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 20	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 22 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 36a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 37	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 37a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 2, lit. b)	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38c	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38d	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38e	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38f	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 5	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 6	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	Titel 4.2.	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58c	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 61a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 71 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73	Titel geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 2^{bis}	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 76 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 76 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 80 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 80 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 83	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 88 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 90a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 90b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
02.05.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 3^{bis}	eingefügt	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 15 Abs. 2	geändert	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 15 Abs. 5	eingefügt	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 28	totalrevidiert	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	Titel 2.3.	geändert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 29	totalrevidiert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 29a	eingefügt	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 58 Abs. 1	geändert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 68	totalrevidiert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 68a	eingefügt	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 1	geändert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 3	geändert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 4	geändert	AGS 2006 S. 133
03.07.2007	01.01.2008	§ 2 Abs. 1, lit. d)	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
03.07.2007	01.01.2008	Titel 2.5.	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
03.07.2007	01.01.2008	§ 34	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
04.12.2007	01.08.2010	§ 13a	eingefügt	AGS 2010 S. 39

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
04.12.2007	01.01.2009	§ 38b Abs. 2	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 38e Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 38f Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.08.2008	§ 50a	totalrevidiert	AGS 2008 S. 92
04.12.2007	01.08.2008	§ 50b	aufgehoben	AGS 2008 S. 92
04.12.2007	01.01.2009	§ 78	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 85	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 87	aufgehoben	AGS 2008 S. 363
18.03.2008	01.01.2009	§ 77 Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 416
31.03.2009	01.01.2010	Ingress	geändert	AGS 2009 S. 303
31.03.2009	01.01.2010	§ 67b	eingefügt	AGS 2009 S. 303
16.03.2010	01.01.2011	§ 36a Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 37 Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 37a Abs. 5	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 50a	Titel geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 51a	eingefügt	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 75 Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 77 Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 1 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 2 Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 2 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 4 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 4 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 5	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 7 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	Titel 2.1.	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 9	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 10 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 10 Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 11 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 12 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 14a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 4	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 5	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 6	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 17	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 17 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	Titel 2.2.1^{bis}.	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 18b	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 18c	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 19 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 21a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 23 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 25 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 26 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 28 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 29 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 52 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 52 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 53 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 54	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 56a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 58b	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 58b Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 66 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 66 Abs. 5	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.01.2013	§ 67a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 71 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 2^{bis}	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 77 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 89 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 89 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90b	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90c	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 90d	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
06.12.2011	01.01.2013	§ 37 Abs. 3	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 38d Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
08.05.2012	01.01.2014	§ 74 Abs. 1	geändert	AGS 2013/7-1
20.11.2013	01.08.2014	§ 15a	eingefügt	AGS 2014/3-6
02.07.2014	01.08.2014	§ 57a Abs. 1	geändert	AGS 2014/4-12

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	31.03.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 303
§ 1 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 1 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 1a	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 2 Abs. 1, lit. a)	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 2 Abs. 1, lit. b)	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 2 Abs. 1, lit. d)	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
§ 3 Abs. 3	22.06.2004	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 193
§ 3 Abs. 4	22.06.2004	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 193
§ 4	17.03.1998	01.08.1998	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175
§ 4 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 4 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 4 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 4 Abs. 4	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 5	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 5	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 5 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 6	17.03.1998	01.08.1998	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
§ 6 Abs. 2	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 1	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 155
§ 7 Abs. 3	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 7 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 5	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
Titel 2.1.	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 9	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 9 Abs. 3^{bis}	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 131
§ 9 Abs. 5	22.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	AGS 2005 S. 567
§ 10 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 10 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 11 Abs. 1	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 11 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 12 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 13 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 13 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 13 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 13 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 13a	04.12.2007	01.08.2010	eingefügt	AGS 2010 S. 39
§ 14 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 14 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 14 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 14 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 14 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 14a	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 15	17.03.1998	01.10.2000	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175, 2000 S. 111
§ 15 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 2	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 131
§ 15 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 5	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 131
§ 15 Abs. 5	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 6	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 15a	20.11.2013	01.08.2014	eingefügt	AGS 2014/3-6
§ 16 Abs. 3	02.07.2002	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 390
§ 17	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 17 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 18	17.03.1998	01.08.1998	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
§ 18a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329
Titel $2.2.1^{bis}$.	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 18b	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 18c	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 19 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 20	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 21a	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 22	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 22	08.11.2011	01.08.2014	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 22 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 22a	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 23 Abs. 1	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 23 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 23 Abs. 2	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 23 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 25 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 25 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 26 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 26 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 27 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 27a	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 27a Abs. 4	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 28	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 131
§ 28 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
Titel 2.3.	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 132
§ 29	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 132
§ 29 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 29a	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 132
Titel 2.5.	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
§ 34	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
§ 36a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 36a Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 37	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 37 Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 37 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 37a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 37a Abs. 5	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 38	17.03.1998	01.08.1998	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
§ 38 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 2, lit. b)	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
§ 38a	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 38b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38b Abs. 2	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 38c	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38d	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38d Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 38e	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38e Abs. 3	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 38f	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38f Abs. 3	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 40	16.05.2000	01.04.2001	aufgehoben	AGS 2000 S. 242
§ 41	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 42	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 43	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 44	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 45	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 46	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 47 Abs. 1	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 47 Abs. 2	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 155
§ 49	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 50	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
Titel 3.3.	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 156
§ 50a	04.12.2007	01.08.2008	totalrevidiert	AGS 2008 S. 92
§ 50a	16.03.2010	01.01.2011	Titel geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 50b	04.12.2007	01.08.2008	aufgehoben	AGS 2008 S. 92
§ 51	17.12.2002	01.01.2005	Titel geändert	AGS 2004 S. 156
§ 51a	16.03.2010	01.01.2011	eingefügt	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 52 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 52 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 52 Abs. 3	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 52 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 52 Abs. 5	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 53 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 54	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 54 Abs. 2bis	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 55	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
Titel 4.1.3.	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 56	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 56a	22.06.2004	01.03.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 66
§ 56a	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 57	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 57	08.11.2011	01.08.2014	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 4	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 57 Abs. 5	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 57 Abs. 6	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 57a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329
§ 57a Abs. 1	02.07.2014	01.08.2014	geändert	AGS 2014/4-12
Titel 4.2.	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 58	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 58 Abs. 1	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 132
§ 58a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 58b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 58b	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 58b Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 58c	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 60	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
§ 60a	22.02.2005	01.01.2006	eingefügt	AGS 2005 S. 567
§ 61	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
§ 61a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 65	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 66	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 568
§ 66 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 66 Abs. 5	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 67	22.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	AGS 2005 S. 568
§ 67a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329
§ 67a	08.11.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 67a Abs. 4	02.07.2002	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 390
§ 67b	31.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 303
§ 68	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 133
§ 68a	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 133
§ 69 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 69 Abs. 2	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 69 Abs. 4	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 70 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 71	17.12.2002	01.01.2005	totalrevidiert	AGS 2004 S. 157
§ 71 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 71 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73	01.03.2005	01.08.2005	Titel geändert	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 1	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 73 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 2	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 2^{bis}	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 2^{bis}	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 3	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133
§ 73 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 4	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133
§ 73 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 5	01.03.2005	01.08.2005	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
§ 73a	17.12.2002	01.01.2005	eingefügt	AGS 2004 S. 157
§ 74 Abs. 1	08.05.2012	01.01.2014	geändert	AGS 2013/7-1
§ 75 Abs. 1	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 76 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 76 Abs. 2	07.03.2000	01.07.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 89
§ 76 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 77 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 77 Abs. 3	18.03.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 416
§ 77 Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 78	04.12.2007	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
§ 80 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 80 Abs. 2, lit. c)	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 82	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 157
§ 83	01.03.2005	01.08.2005	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
§ 85	04.12.2007	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
§ 86a	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 230
§ 87	04.12.2007	01.01.2009	aufgehoben	AGS 2008 S. 363
§ 88 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 89 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 89 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 89 Abs. 4	09.03.1999	01.08.1999	geändert	AGS 1999 S. 119
§ 90a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 90a	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 90b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 90b	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 90c	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 90d	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4